

Ressort: Politik

Finanzausgleich: Ostdeutsche Minister lehnen Einbußen ab

Berlin, 25.01.2015, 08:00 Uhr

GDN - Die Verhandlungen um den Bund-Länder-Finanzausgleich spitzen sich zu: In einem gemeinsamen Positionspapier, über das die "Bild am Sonntag" berichtet, lehnen die ostdeutschen Bundesländer Einbußen bei der Reform ab. Die sich "langsam einstellenden Erfolge des Aufbaus Ost" dürften auch nach dem Auslaufen des Solidarpakts Ende 2019 keinesfalls gefährdet werden, schreiben die fünf Finanzminister.

Daher dürfe der Solidaritätszuschlag nicht in die Einkommenssteuer integriert, sondern müsse "bedarfsorientiert" auf Basis objektiver Kriterien auf die Länder verteilt werden. Eine "Veränderung zulasten der ostdeutschen Länder" sei nicht hinnehmbar.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-48550/finanzausgleich-ostdeutsche-minister-lehnen-einbussen-ab.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619